

INTERVIEW MIT PROF. DR. RUDOLF HICKEL:

»Wir brauchen eine Agenda des Handelns«

Die Gestaltung der Wirtschaft muss sich an ethischen Prinzipien orientieren. Man müsse wieder über Ziele und Leitbilder reden, meint der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Rudolf Hickel in einem Interview mit dieser Zeitschrift. Die Fragen stellte Prof. Dr. Andreas Strunk.

SOZIALwirtschaft: In den letzten Jahren hat sich in den Feldern der Sozialarbeit ein Effekt eingestellt, den man als »Creaming the poor« bezeichnet. Die Hilfesysteme selektieren zunehmend nach denen, bei denen sich Hilfe vermeintlich noch lohnt. Es droht die Gefahr, dass Menschen zunehmend von Hilfe ausgeschlossen bleiben.

Rudolf Hickel: Das, was Sie mit »Creaming the poor« bezeichnen, das hat sehr viel mit dem Paradigmenwechsel zu tun, der durch Hartz IV eingeleitet wurde. Arbeitslose werden nach einem Jahr über die Zumutbarkeit von Niedriglohnjobs ohne Qualifikationsanforderungen in eine Einbahnstraße getrieben. Das Motiv der dominierenden Politik lautet in diesem Zusammenhang »Arbeit um jeden Preis!« Diese Maxime hat zu einer erheblichen Expansion des Niedriglohnsektors geführt. Es breitet sich aus, was wir in den USA schon lange kennen: »Working poor«. Die Leute können von einem Job nicht mehr leben und müssen mehrere Jobs kombinieren. Gemessen an der üblichen Definition von Armut nach den Standards der Europäischen Union beziehen circa 2,6 Millionen Beschäftigte ein Einkommen, das monetär nicht die Existenz sichert. Wenn heute das Erreichen von 40 Millionen Jobs gelobt wird, dann muss betont werden, dass sich dahinter eine Spaltung des Arbeitsmarktes vollzieht. Ge- genüber den vollwertigen, existenzsichernden Jobs wächst die Zahl der Niedrigentlohten. Die Position »Bedingungslose Arbeit ist besser als Armut« hat »Erfolg«. Diese neoklassische Position bietet die ideologische Grundlage dafür, dass die Arbeitslosen ungeheuer unter Druck gesetzt werden. Man kann in diesem Zusammenhang durchaus von einer Zurichtung der Betroffenen ohne Rücksicht auf deren Qualifikationen und Befähigung für Bedingungen des Arbeitsmarktes reden. Hier hat Politik eine große Verantwortung zu tragen.

SOZIALwirtschaft: Was müsste getan werden?

Rudolf Hickel: Gebraucht wird eine gründliche Auseinandersetzung mit diesem Konzept und seinen fatalen Folgen. Denn dem Arbeitsmarkt gehen vor der Arbeitslosigkeit qualifizierte Beschäftigte verloren. Von dem »Fordern und Fördern« bleibt nur noch das Fordern übrig. Im SGB II ist die Arbeitsmarktpolitik und die Grundsicherungspolitik zusammen geführt worden. Aber von Grund-



Prof. Dr. Rudolf Hickel (66) war Hochschullehrer für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen und ist seit 2001 Direktor des dortigen Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW). Er hat Wirtschaftswissenschaften in Tübingen und Berlin studiert und war wissenschaftlicher Assistent in Tübingen und Konstanz. Im Jahre 1971 wurde er an der Universität Bremen, an deren Aufbau er beteiligt war, zum Professor für Politische Ökonomie mit Schwerpunkt Öffentliche Finanzen ernannt. 1973 erhielt er die Professur für Finanzwissenschaften. Im Februar 2007 beendete er nach über 34 Jahren seine Lehrtätigkeit an der Universität Bremen; im nächsten Jahr will er auch aus Altersgründen als Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft zurücktreten. Im Jahre 1975 wurde er Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. In dieser Funktion ist er Mitherausgeber des jeweils am 1. Mai erscheinenden Gegengutachtens zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Rudolf Hickel ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Für die Seite der Arbeitnehmer sitzt er in den Aufsichtsräten der Salzgitter Stahl und Technologie AG und der bremischen GEWOBA (Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen).
E-Mail hickel@uni-bremen.de

sicherung, wie das früher über das Bundessozialhilfegesetz instrumentiert wurde, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern oft wenige Kenntnisse. Hier wird vielen, die als arbeitsfähig diagnostiziert werden, aber für die der Arbeitsmarkt keine Lösung hat und auch keine Lösung oft haben kann, unrecht getan. Da werden dann die Effekte, die sie mit »Creaming the poor« bezeichnen, besonders deutlich.

SOZIALwirtschaft: Offensichtlich werden nun auch im Mittelstand Abstiegskarrieren geöffnet. Man spricht inzwischen von einer Erosionserscheinung dort.

Rudolf Hickel: Erosion des Mittelstandes — dieser Sachverhalt wurde ja durch eine Untersuchung des Deutschen

Instituts für Wirtschaftsforschung belegt. Die Zahl derjenigen, die aus der Mittelschicht absteigen, ist viel größer als diejenigen, die den Aufstieg schaffen. Auch hier zeigt sich der wachsende Druck in Richtung Abwärtspirale. Dazu muss man sagen, dass einkommensstarke Haushalte starke Zugewinne verzeichnen können. Die obere Schicht hat enorm zugenommen. Die Mittelschicht wird zunehmend gespalten. Bei zehn Prozent der Mittelschicht können wir von einer realistischen Orientierung nach oben sprechen. Bei 90 Prozent kann man inzwischen einen verstärkten Druck nach unten nachweisen. In diesen Kontext gehören auch solche Sachverhalte wie: Rentenverluste; Arbeitslosigkeit; Verteilungsverluste bei den Arbeitseinkommen; Erhöhung der Lebenshaltungskosten und wachsende Abgabenlasten vor allem bei den Lohnsteuerbeziehern. Nach Abzug der Abgaben und unter Berücksichtigung der Geldentwertung entwickeln sich die Nettoreallöhne leicht im Minus. Die heimliche Progression führt zu einer wachsenden Steuerbelastung der Arbeitseinkommen innerhalb der Zone linearer Progression (von 15% auf 42%).

SOZIALwirtschaft: Was folgern Sie daraus?

Rudolf Hickel: Diese Fakten und Zusammenhänge zeigen, dass die neoklassische oder neoliberalen Versprechungen einer allgemeinen Erhöhung der Aufstiegschancen für alle durch mehr Markt zumindest in Deutschland widerlegt wurde. Diese Entwicklung wird bei uns sichtbar seit etwa 1995. Der erste Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung hat das belegt. Die Einkommensspaltung geht einher mit einer Vermögenskonzentration auf die zehn Prozent der Vermögensstärksten. Wir haben also einen Effekt, den man als Reproduktion der Vermögen auf einer erweiterten Stufenleiter nach oben bezeichnen kann: Hohe Vermögen führen zu Kapitaleinkünften, die wiederum die Vermögensbildung nach oben treiben. Dazu gehört auch, dass Managergehälter in einer mit keiner ökonomischen Theorie erklärbaren Dimension expandieren. Das ist eher das Produkt einer Dschungelökonomie. Nicht umsonst wird zunehmend über die Gerechtigkeitsfrage öffentlich diskutiert. Der Creaming-Effekt lässt sich mithin in der gesamten Bevölkerung nachweisen. Das kann man — um im Bild zu bleiben — auf der Straße hören: »Die da oben sahnen ab!« Diese Parolen haben in der Tat eine reale Basis.

SOZIALwirtschaft: Was sind die wirtschaftspolitischen Hintergründe für diese Entwicklung?

Rudolf Hickel: Politik folgt bei uns erst leicht beginnend seit Ende der 1970er Jahre einem Konzept, das man als angebotsorientiert, neoliberal oder als neoklassisch bezeichnen kann. Im Prinzip handelt es sich aber immer um dasselbe Muster. Den Ausgangspunkt bildet die Forderung, durch eine Umverteilung der Einkommen und Rechte die einzelwirtschaftlichen Unternehmer zu stärken. Schließlich würden Kostenentlastungen vermehrten Investitionen und schließlich Arbeitsplätze föhren. Die Jahre der Anwendung dieser Doktrin sind der beste empirische Beleg für deren Irrtümer. Investiert wurde vor allem in Rationalisierung und Restrukturierung, in deren Folge die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Nach dieser Logik wird nun Wirtschaftspolitik gemacht und die entsprechende Kostensenkung wird auf zwei Ebenen durchgesetzt, auf einer direkten und einer indirekten Ebene. Indirekt wäre

beispielsweise die Tatsache, dass durch eine starke Lohnzurückhaltung die Lohnquote reduziert wird. Sie liegt derzeit bei 65 Prozent. Seit Anfang des neuen Jahrtausends ist sie so niedrig wie noch nie bei uns in der Bundesrepublik.

SOZIALwirtschaft: Was sind die Folgen dieser Politik?

Rudolf Hickel: Diese direkte Kostensenkung durch Senkung der Abgaben führt dazu, dass sich die Unternehmen immer weniger an den Kosten der Finanzierung der Sozialsysteme beteiligen. Das ist ja inzwischen eine beliebte Ideologie, die vertreten wird bis tief hinein bei den Grünen. Was dahinter steckt, ist natürlich Sozialabbau in reinster Form. Denn viele Beschäftigte sind nicht in der Lage, durch die Finanzierung ihrer privaten Kapitalvorsorge sich ausreichend gegen soziale Risiken zu schützen. Am deutlichsten wird das bei der Rente. Rente erst ab 67 und die Riester-Rente. Der staatliche Zuschuss zur privaten Alterssicherung nützt nur denen, die den Beitrag finanzieren können. Einkommensstärkere nutzen die Rieser-Rente per Mitnahmeeffekt. Die neue Rentenschrumpfpolitik wird dazu führen, dass der gesetzliche Mindestanspruch in den nächsten Jahren bei circa 35 Prozent liegen wird. Dadurch stehen wir vor einer erheblichen Steigerung der Altersarmut in den nächsten Jahren. Auch das ist ein Aspekt von »Creaming the poor«. Viele Alte werden sich in Zukunft, wenn überhaupt, nur noch ein Pflegeheim leisten können, das nach einem Billigstandard organisiert ist. Schauen wir uns um im Felde von Hartz IV. Was da passiert: Die Einbahnstraße in den Niedriglohnsektor und der damit verbundene Effekt des »Working poor« hat zu erheblichen Entlastungen des Etats bei der Bundesanstalt für Arbeit geführt. Zusätzlich wird dort auch bei der Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung gespart. Die Zahl der sogenannten Aufstocker ist gewachsen. Das sind Beschäftigte, die mit ihrem Lohn nicht einmal den Hartz IV-Status erreichen. Die Bundesanstalt braucht erheblich weniger Geld als früher. Das Ziel der Kostensenkungspolitik ist erreicht worden. Aber was passt nun auf Unternehmenseite? Die Gewinne dort sind gestiegen. Aber diese werden zur Restrukturierung und zum Kauf anderer Unternehmen oder Unternehmensanteile genutzt. Die Versprechungen, in vollwertige Arbeitsplätze zu investieren, ist nicht eingelöst worden. Die Neoliberalen glauben immer noch an die Wirklichkeit eines »Trickle-Down-Effekts«. Schon John Kenneth Galbraith hat das einmal kritisch als »Rossäpfel-Theorem« bezeichnet. Die Neoklassiker gehen im Vergleich gesprochen davon aus: Wenn man die Rösser, also die Unternehmen, mit bestem Hafer füttert, dann würde am Ende auch ein bisschen was für die Spatzen per Rossäpfel übrigbleiben. Der ideologische Gehalt dieser Umverteilungspolitik ist unübersehbar. Bezogen auf die beschworenen Effekte handelt sich eher um »Voodoo-Economics«. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Realität belegen für die Bundesrepublik, dass diese intendierten Effekte nicht eintreten. Galbraith nennt das inzwischen die »Ökonomie des unschuldigen Betrugs« und kritisiert den Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft.

SOZIALwirtschaft: Gibt es Alternativen zu dem von Ihnen kritisierten Modell des Wirtschaftens?

Rudolf Hickel: Natürlich gibt es Alternativen. Das Gerede vom Sachzwang der Globalisierung ist einfach falsch. Man hört ja immer wieder solche Sätze wie: »Wir müssen uns an

die sozialökonomischen Niedrigstandards anpassen! Dazu sind Kostensenkungen sowie der Abbau von Arbeitnehmerrechten notwendig! Die internationale Konkurrenz fordert auch Steuersenkungen für Unternehmen! All dies dient dazu, international konkurrenzfähig zu bleiben.«

SOZIALwirtschaft: Aber hat die Globalisierung nicht wirklich die Bedingungen des Wirtschafts verändert?

Rudolf Hickel: Sicherlich hat die Globalisierung die ökonomischen Bedingungen in Deutschland verändert. Aber die deutsche Wirtschaft ist innerhalb der internationalen Konkurrenz Spitze. Dazu tragen vor allem die qualifizierten Beschäftigten bei. Eine Politik à la Hartz IV wird mit ihrem Verzicht auf Qualifizierungsmaßnahmen zum Standortrisiko. Thema unseres Gesprächs sind die Folgen der Globalisierung für den Sozialstaat. Ich bin davon überzeugt, dass viele Maßnahmen – vor allen Dingen im Bereich der Demontage der Sozialen Sicherung – überhaupt nichts mit der Globalisierung zu tun haben. Hartz IV ist beispielsweise nicht eine notwendige und zwingende Folgewirkung der Globalisierung. Weil das so ist, muss man Hartz IV schleunigst reformieren.

SOZIALwirtschaft: Welche Änderungen halten Sie für erforderlich?

Rudolf Hickel: Zunächst müssen wir die soziale Absicherung wieder verbessern. Dann müssen wir die Zahlung von Transferleistungen wieder stärker verbinden mit Qualifizierung, um den Abstieg der Menschen zu verhindern, beispielsweise in den Niedriglohnsektor zu geraten. Schließlich müssen wir die staatliche Finanzpolitik durch den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und den ökologischen Umbau für künftige Generationen stärken. In diesem Zusammenhang ist interessant, was Robert Solow der Europäischen Union und Deutschland empfiehlt. Solow hat 1987 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften bekommen. Er ist übrigens ein Neoklassiker und so ist es besonders beachtenswert, was er uns für Europa empfiehlt. Solow sagt, dass wir hier dringend Beschäftigungsprogramme zur Stärkung des Wirtschaftswachstums benötigen. Das heißt: eine expansive Finanzpolitik. Dies auch deshalb, weil die Geldpolitik gesamtwirtschaftlich restriktiv wirkt. Ich habe dies in meinem Buch »Kassensturz« beschrieben. Dort habe ich es als das Paradigma der politischen Gestaltung von Wirtschaftspolitik bezeichnet. Wir haben durch die aktuelle Finanzmarktkrise eine bedrohlich große Verunsicherung in der Wirtschaft. Die Banken durchleben eine tiefe Vertrauenskrise. Auch deshalb müssen wir mit einer starken Binnenwirtschaft Vertrauen schaffen. Einzelwirtschaftliche Investoren profitieren am Ende davon. Da diese mit ihrer Renditeausrichtung die Möglichkeiten nicht ausschöpfen, bedarf es zukunftsorientierter, staatlicher Programme. Dazu gehört auch, dass verstärkt in Forschung und Bildung investiert wird, beispielsweise in intergenerative Projekte und in ökologisch sinnvolle Vorhaben. Damit vererben wir der nächsten Generation etwas Vernünftiges.

SOZIALwirtschaft: Woher soll die Kritik gegen die »Ökonomie des unschuldigen Betruges« kommen?

Rudolf Hickel: Die Situation hat sich inzwischen verändert. Die Kritik kam im Wesentlichen von den Gewerkschaften. Und die Gewerkschaften haben – das darf

man nicht vergessen – gegen die Agenda 2010 viel Widerstand auch mit großen Demonstrationen organisiert. Die Gewerkschaften sind nach wie vor ein wichtiger Träger der Kritik. In der SPD ist die Kritik zeitweilig unter dem Primat des Regierens verstummt. Hierbei steht die autoritäre Sozialstaatsdemontage von Gerhard Schröder im Mittelpunkt. Aber nach den bitteren Erfahrungen mit den Fehlentwicklungen – dies wird immer deutlicher – bricht die Kritik auf. Die Öffentlichkeit reagiert zunehmend mit der Forderung nach einer Re-Reform. Lange Zeit war das eher eine abstrakte Kritik, die bei der Mehrheit der Öffentlichkeit nicht ankam. Aber ich denke, dass die Hessenwahl uns deutlich macht, dass sich immer deutlicher Protest gegen die Konsequenzen der neoliberalen Wirtschaftspolitik – vor allem auf den Arbeitsmärkten – artikuliert.

SOZIALwirtschaft: Was sind die Gründe der zunehmenden kritischen Reaktionen in der Öffentlichkeit?

Rudolf Hickel: Erstens haben sich die sozialen Unsicherheiten und Risiken erhöht und zweitens spüren viele Menschen, dass Arbeit und Beschäftigung sich nicht mehr lohnen und dass sich ein festes Prekarat herausbildet. Hinzu kommt die wachsende Verärgerung über die Gerechtigkeitslücke. Die Deutsche Bank beispielsweise erwirtschaftet eine 25-prozentige Rendite nach Steuern. Dennoch baut sie gleichzeitig die Arbeitsplätze ab. Ähnliches können wir in anderen Unternehmen beobachten. Beispielsweise bei BMW, der Siemens AG und Henkel etc. Das sind Entwicklungen, die Widerstände provozieren. Die Arbeitnehmergehälter sind in den letzten Jahren real nur um 1,5 Prozent gestiegen und die Managergehälter im gleichen Zeitraum um 15 Prozent. An Dividenden werden 30 Milliarden in diesem Jahr ausgeschüttet. Das zeigt, dass die Widersprüche zwischen dem, was neoliberalen Wirtschaftspolitik leisten soll und dem, was sie praktisch tut, immer gravierender werden. Diese Politik ist nur erfolgreich im Umverteilen zugunsten der Einkommens- und Vermögensstarken.

SOZIALwirtschaft: Was ist zu tun?

Rudolf Hickel: Da fallen mir mehrere Aktivitäten ein. Zunächst: Wir müssen noch mehr aufklären. Aufklären heißt nicht nur zu sagen, was schlecht ist an neoliberaler Wirtschaftspolitik, wir müssen auch sagen, wie es besser geht. Also stärkere Konzentration auf eine Agenda des Handelns. Es reicht in diesem Zusammenhang beispielsweise nicht aus, nur Mindestlöhne zu fordern. Man muss ausführlich begründen, warum die herrschende Arbeitsmarkttheorie falsch ist und wie wir Schritt für Schritt in einen gesamtgesellschaftlichen Zustand kommen, dass die Löhne so dimensioniert sind, dass die Menschen auch ordentlich ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Dann müssen wir wohl noch ausführlicher über die Zielsetzung und die Leitbilder des Wirtschaftens reden. Also über ethische Prinzipien, also eine Fundierung moralischen Wirtschaftens, aber nicht nur in Sonntagsveranstaltungen irgendwo in einem Kloster am Chiemsee, sondern auch innerhalb des Unternehmensmanagements selbst. Unübersehbar ist, dass in diesen Punkten das Unternehmensmanagement selbst in den Bildungsurklaub reisen muss. Ein kreatives Unternehmensverständnis hat auch etwas damit zu tun, wie wir Fachleute in der Betriebswirtschaft ausbilden. Solange wir immer nur auf die Ebene

der Mittel schauen und nicht die ethische Zielsetzung im Auge behalten, wird es nie eine integrative Wirtschaftswissenschaft geben. Das betrifft natürlich auch unsere Ausbildungsstätten. Hier wird zu wenig über soziale Kompetenz und ethische Grundlagen nachgedacht und Wissen vermittelt. Ich halte dies für eine der größten Fehlentwicklungen in unserer Profession. Wir bilden in der Betriebswirtschaft so etwas wie »Systemzwerge« aus, die dann schnell fungibel sind für jedwede Wirtschaftsberatungsgesellschaft, in denen dann bar jeglicher sozialer Kompetenz konzipiert und gehandelt und beraten wird. Ich habe viele Beraterinnen und Berater und auch Vorstandsmitglieder erlebt, die im Sinne einer sehr engen und mittelbezogenen Logik hervorragend sind, bei denen aber jede soziale Kompetenz vermisst wird. Wir müssen auch die über die Finanzmärkte durchgesetzten viel zu hohen Profitraten kritisieren. Das allgemeine Starren auf hohe Profitraten in den Unternehmen führt zur Spaltung innerhalb der Unternehmen selbst. Die Lebenswelten zwischen den Menschen, die auf Führungsebenen arbeiten und denen, die unten beispielsweise am Band stehen, driften immer stärker auseinander. Ich glaube, dass wir hier etwas brauchen, was die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler schon lange nicht mehr ernst nimmt: Eine Antwort darauf ist die Demokratisierung der Unternehmensentscheidungen. Wir brauchen mehr Mitbestimmung in den Betrieben. Je näher sich die Menschen dort wieder kommen können, desto wahrscheinlicher wird es, dass Wirtschaften wieder etwas sozialer werden kann. Schließlich — und da bin ich wieder im Gegensatz zu dem, was die Neoklassik sagt — brauchen wir ein funktionsfähiges und starkes Tarifvertragssystem. Gute Tarifverträge würden auch den gesamten Sozialbereich enorm entlasten. Das Tarifvertragssystem sichert letztlich so etwas wie eine Gegenmacht — ein wichtiges gesamtwirt-

schaftliches und gesamtgesellschaftliches Instrumentarium, um beispielsweise auch über dieses Instrumentarium Effekte wie »Working poor« zu vermeiden.

SOZIALwirtschaft: Welche Empfehlungen haben Sie für die für die Gestaltung der Sozialwirtschaft?

Rudolf Hickel: Neoliberale Konzepte des Wirtschaftsfinden zunehmen Eingang in die Sozialwirtschaft. Ich bedaure diese Entwicklung sehr und deshalb gilt das, was ich für die allgemeine Wirtschaft gesagt habe, auch für den speziellen Fall der Sozialwirtschaft. Diese ist ja nicht deshalb vor dem Einfluss einer Ökonomie des unschuldigen Betruges geschützt, weil sie sich mit dem Etikett »sozial« ausgestattet hat. Wir müssen also zunehmend quer zu den unterschiedlichen Arealen des Wirtschaftsfinden über eine »Corporate Social Responsibility« nachdenken und entsprechend handeln. Ich kenne Sozialeinrichtungen, die genauso dringend das Lernen von sozialer Kompetenz nötig haben wie ein großes Versicherungsunternehmen. Ich kenne katholische und evangelische Sozialeinrichtungen, die große Schwierigkeiten haben, einigermaßen korrekt Tarifbedingungen auszuhandeln und einzuhalten. Hier wäre also wichtig, ein starkes Tarifvertragssystem zuzulassen, um auch hier Löhne sichern zu können, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Stand versetzen, sich angemessen zu reproduzieren. Studien in England zeigen, dass in Sozial- und Pflege-Einrichtungen nach der Sicherung eines existenzsichernden Arbeitseinkommens die Leistungsbereitschaft erkennbar zugenommen hat. Gerade im Bereich der Sozialwirtschaft wächst der Anteil der Kolleginnen und Kollegen, die unter die Gruppe der »Working poor« einzuordnen sind. Das belastet das Betriebsklima und am Ende sind Mehrkosten die Folge. ◆

Paradigmen	Politisch gestalten	Märktedominanz
Staat – Wirtschaft	Ökonomie zielorientiert gestalten! Primat der Politik. Sozialer und ökologischer Mindestschutz	Spielraum der Unternehmenswirtschaft erweitern! Deregulierung: Öffnung der Märkte
Allokative Politik	Angebot öffentlicher Güter und Dienstleistungen (soziale und materielle Infrastruktur)	Privatisierung bisher öffentlicher Ausgaben sowie Einsparen öffentlicher Ausgaben
Stabilisierungspolitik	Gesamtwirtschaftliche Steuerung (Keynesianismus, unfreiwillige Arbeitslosigkeit)	Dominanz der Selbststeuerung über Märkte (Neoklassik: freiwillige Arbeitslosigkeit)
Distributive Politik	Gesetzlicher Mindestschutz zur Verarbeitung sozialer Risiken der Wettbewerbswirtschaft (soziale Marktwirtschaft)	Starke Privatisierung sozialer Risiken durch private Kapitalvorsorge und damit Absenkung des gesetzlichen Mindestschutzes (neue Risiken durch Kapitalmärkte)
Arbeitsmarkt/ Unternehmen	Gestaltungskraft des Tarifvertragssystems und Kündigungsschutz sowie Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung	Verbetrieblichung des Tarifvertragssystems; Abbau des Kündigungsschutzes Spielraumweiterung für Unternehmensentscheidungen
Ökologie und Wirtschaft	Dominanz der Ökologie gegenüber einzelwirtschaftlicher Borniertheit, Ausstieg aus Atomkraft	Dominanz wirtschaftlicher Interessen bei Umweltpolitik, Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomwirtschaft

Quelle: Rudolf Hickel, Kassensturz. Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik. Reinbek bei Hamburg 2006, S. 9 ff.